PB.W-01-592

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	23.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 591 bis 593 einfügen:
Zentralbank und befürworten ein breiteres Mandat, das ihr erlaubt, gleichberechtigt zur Preisstabilität auch Wohlstandsmehrung und hohe Beschäftigung anzustreben. Zudem sollte sie Zinsunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten begrenzen, da hohe Zinsunterschiede Staaten daran hindern können, aus einer Krise herauszukommen. Durch eine gemeinsame Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und sorgen dafür, dass sie künftige

Begründung

Annähernd gleiche Zinsen sind in einer Währungsunion für einen fairen Wettbewerb notwendig. Ohne diese können die Mitgliedsstaaten durch hohe Zinsen an den Rand des Bankrotts gebracht werden und im Falle einer Krise unter dem Druck der Ratingagenturen zu einer unsozialen und für die Krisenbekämpfung kontraproduktiven Sparpolitik gezwungen. Deshalb sollten wir, wie in unserem im letzten Jahr beschlossenen Grundsatzprogramm, eine Begrenzung der Zinsunterschiede fordern statt hier vorschnell die Segel zu streichen.